



direkt 1

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

UMFRAGE

Wie wird 2010 für die Branchen?

Seite 2

VEREINBARKEIT

Familien machten satten Gewinn

Seite 2

TARIFPOLITIK

Alles für sichere Beschäftigung

Seite 3

STICHWORT

Hartz IV wird 5 – eine Bilanz

Seite 4

IM GESPRÄCH

Elena steht für Datensammelwut

Seite 5

BILDUNG

Das neue Programm der IG Metall ist da

Seite 6

GUT GEMACHT!

Wissenschaft nutzen

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Nicht immer gleich den Beruf aufgeben

Seite 7

ZU GUTER LETZT

Seminare zur Krise

Seite 8

Tarifpolitik

Jobpaket bleibt Topthema

Die Sondierungsgespräche über Beschäftigungssicherung gehen weiter. Das hat der IG Metall-Vorstand am 18. Januar entschieden. In einigen Punkten ist eine Annäherung zwischen IG Metall und Arbeitgeberverbänden möglich. Darüber werden die Tarifkommissionen jetzt beraten. | **Mehr auf Seite 3 »**

Arbeitsplätze unter Druck

Die Folgen der Krise in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2009.

741 896 Kurzarbeiter*

entspricht

230 188 Vollzeitstellen*



183 000

Arbeitsplätze** wurden abgebaut.



*monatliche Durchschnittszahl, errechnet aus Januar bis September 2009
**von Oktober 2008 bis Oktober 2009 in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, ohne die rund 200 000 Leiharbeitnehmer
Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt

» | © direkt 1 | 2010

Extranet

Neu: Praxis mit Rat und Tat

Klarer, aktueller, informativer – das Extranet hat ein neues Gesicht. Damit will die IG Metall Betriebsräten eine bessere Orientierung bieten. Neu ist unter anderem das Praxis-Portal mit vielen nützlichen Infos und Ratgebern. | www.extranet.igmetall.de

Wie schätzt Ihr die Lage in Eurer Branche ein?

Zu Beginn des neuen Jahres 2010 haben wir Kollegen aus den Bereichen Automobilzulieferer, Stahl, Maschinenbau und Textil und nach ihrer Einschätzung der Lage ihrer Branche gefragt.

Jlkay Malcher, BR-Vorsitzender, Conti-Teves, Gifhorn:

»Es ist schwer, eine Prognose abzugeben. Die Abwrack-Prämie läuft aus, die Arbeitgeber planen kurzfristiger. Statt



Outsourcing wird verstärkt Insourcing betrieben; das ist für Arbeitgeber wertschöpfender als Kurzarbeit. Wir sind gespannt auf das zweite Halbjahr 2010. Die Zulieferer-Branche wird dann den Kuchen neu verteilen. Nicht alle werden überleben. Wer es schafft, wird gestärkt aus der Krise hervorgehen.«

Wilhelm Segerath, GBR-Vorsitzender, ThyssenKrupp Steel Europe, Düsseldorf:

»Ich misstrauere allen, die sagen, wir sind aus der Krise raus.



Wir blicken verhalten optimistisch auf 2010. Bis März sind wir zu fast 90 Prozent ausgelastet, danach sehen wir klarer. Wir sind zu zwei Dritteln vom Auto abhängig. Für eine Prognose ist es zu früh. Ziele 2010 sind die Übernahme aller Azubis und die Sicherung von Einkommen und Beschäftigung.«

Willy Heinzmann, Stellvertretender BR-Vorsitzender, John Deere, Mannheim:

»Der Maschinenbau hat durch die langfristige Auftragsabwicklung große Probleme mit der Vorfinanzierung von Aufträgen. Die Banken müssen den Kredithahn wieder aufdrehen, sonst gehen viele Firmen den Bach runter. Unser Export ist eingebrochen. Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen fangen vieles auf, das geht aber nicht auf Dauer.«



Andreas Huhn, BR-Vorsitzender, Xentrys, Leuna:

»Für unsere Branche sieht es nicht so rosig aus. Immer mehr Produktionen werden ins Ausland verlagert. Unser Standort bietet jedoch gute Produktionsbedingungen, für die nächsten fünf bis zehn Jahre sind wir optimistisch. Seit 1994 haben wir stetig Personal aufgebaut. Die Krise spüren wir indirekt, wenn Kunden zahlungsunfähig oder insolvent sind.«



Firmenbilanz 2010: Satter Gewinn für Familien

Das Thema ist so alt wie aktuell: Berufstätige Väter und Mütter sind unzufrieden, weil die Arbeitsbedingungen es ihnen schwer machen, Beruf und Familie zu vereinbaren. Was Betriebsräte tun können, damit sich 2010 etwas bessert.

Vier Beispiele und erste Schritte auf dem Weg zum familienfreundlichen Betrieb:

■ **Bestandsaufnahme:** Wie viele Kinder haben die Beschäftigten? Sind die Arbeitszeiten ein Problem? Dazu und zu anderen Fragen zur Vereinbarkeit bietet sich eine Befragung der Beschäftigten an. Einige Betriebe, wie Arcelor Mittal in Eisenhüttenstadt, haben schon gute Fragebögen entwickelt.

■ **Elternzeit:** Sie lässt sich besser gestalten, wenn die Eltern vorher in einem Gespräch im Betrieb sagen können, wie (lange) sie danach wieder arbeiten wollen, ob und wie sie sich während der Elternzeit weiterqualifizieren und den Kontakt zum Betrieb halten wollen, etwa durch Urlaubsvertretungen. Die IG Bergbau, Chemie, Energie hat dazu einen Gesprächsleitfaden entwickelt.

■ **Arbeitszeiten:** Dreh- und Angelpunkt sind Arbeitsabläufe, die flexible Arbeitszeiten ermöglichen. Siemens hat eine Be-

triebsvereinbarung abgeschlossen, die alle möglichen Optionen festschreibt: von der 15-Stunden-Woche bis zum 10-Monats-Jahr über eine mehrmonatige Auszeit bis zur Telearbeit bei Beschäftigten mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen. Alle Arbeitszeitmodelle, auch Schichtarbeit und Rufbereitschaft, werden auf ihre Verträglichkeit für die Familien überprüft.

■ **Information:** Über betriebliche und externe Angebote können die Beschäftigten zum Beispiel in eigenen betrieblichen Anlaufstellen informiert werden, oder durch Infos und Kontaktbörsen im Intranet oder Mitarbeiterzeitungen.

Weitere Informationen und betriebliche Beispiele gibt es in der Frauenabteilung beim IG Metall-Vorstand unter der Telefonnummer 069-6693-2821, E-Mail: Frauen@igmetall.de und im Extranet unter:

► www.extranet.igmetall.de
→ Themen
→ Gleichstellung. ■

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall; **Herausgeber:** Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler; IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)
Chefredakteurin: Susanne Rohmund
Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Volker Beck, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan
Gestaltung: Gudrun Wichelhaus; **Bildredaktion:** Michael Schinke
Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-6693-2224, Fax: 069-6693-2538, vertrieb@igmetall.de
Druck: apm AG, Darmstadt; **Anzeigen:** Petra Wedel, Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-893098, info@zweiplus.de
direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt
Telefon der Redaktion: 0800-4463825, Fax: 069-6693-2002
E-Mail: direkt@igmetall.de
Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Gespräche über Beschäftigung gehen in die nächste Runde

Den 9. Februar hat der IG Metall-Vorstand als Frist gesetzt. Dann will er bewerten, ob bei den Sondierungsgesprächen etwas Substanzielles für die Arbeitnehmer herausgekommen ist. Es gibt noch eine Reihe ungeklärter Punkte.

Die Deutsche Bundesbank hat alle Hoffnungen auf einen Aufschwung wieder gedämpft: Die leichte Erholung hat sich wieder abgeschwächt, meldet sie. Für die IG Metall bleibt in dieser Situation das wichtigste Ziel: alle möglichen Instrumente nutzen, um Entlassungen zu vermeiden. Darum geht es in den Sondierungsgesprächen, die sie schon seit Ende November mit den regionalen Arbeitgeberverbänden führt.

Die einzelnen Punkte:

- **Kurzarbeit:** Die IG Metall will fest vereinbaren, dass sie voll ausgeschöpft wird, bevor Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung zum Zuge kommen.
- **Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung:** Wo Kurzarbeit nicht mehr möglich ist, soll die Arbeitszeit weiter gekürzt werden können. Allerdings mit einem Teillohnausgleich.
- **Altersteilzeit:** Die Betriebe sollen die Altersteilzeit nutzen.
- **Übernahme:** Sie soll auch in der Krise gesichert werden. Junge Fachkräfte sollen mit einer Kombination aus Übernahme und Modellen der Weiterbildung vor Entlassungen und Arbeitslosigkeit bewahrt werden.
- **Leiharbeit:** Die IG Metall will die Voraussetzungen regeln, wann und zu welchen Bedingungen Leiharbeiter eingesetzt werden dürfen.

Um Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu entlasten, soll der Gesetzgeber dafür sorgen, dass auf den Teillohnausgleich keine Steuern und Sozialabga-

Infos

❖ Berichte

In der Spezial-Ausgabe 17/2009 hat direkt ausführlich über die Sondierungsgespräche berichtet.

Es gibt Plakate mit zwei unterschiedlichen Motiven zum Jobpaket und Beitritts-Klappkarten. Die Materialien können Betriebsräte und Vertrauensleute über ihre Verwaltungsstellen anfordern.



ben gezahlt werden müssen. Außerdem sollen Arbeitgeber beim Kurzarbeitergeld entlastet werden. Die Sozialversicherungsbeiträge sollen auch über 2010 hinaus vom siebten Monat an zu 100 Prozent von den Arbeitsagenturen erstattet werden.

Kommissionen beraten. Bis zum 9. Februar werden die Sondierungsgespräche zu diesen Punkten in allen Tarifkommissionen intensiv beraten.

»Die IG Metall hat ihre Vorschläge gemacht. Jetzt stehen Arbeitgeber und Regierungskoalition in der Pflicht«, mahnt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber.

Auch wenn die Zeit drängt: Die IG Metall will keine Einigung um jeden Preis. Es müssen verbindliche Regelungen herauskommen, von denen die Metall-Beschäftigten profitieren und die die Arbeitsplätze sicher machen. ■

Arbeitsplätze sichern bleibt wichtig

Prognosen zeigen: Zigtausend Jobs in Gefahr

- **Wirtschaftsexperten** gehen davon aus, dass es noch Jahre dauern wird, bis die Produktion wieder Vorkrisenniveau erreicht. Die Commerzbank rechnet damit, dass in der Metall- und Elektroindustrie dieses Jahr gut 200 000 Arbeitsplätze verloren gehen. Gefährdet sind bis zu 650 000 Stellen, wenn nicht gegengesteuert wird.
- **Nur wenige Firmen** sind ausgelastet. Kurzarbeitergeld allein reicht nicht mehr aus, um den Arbeitsausfall aufzufangen, denn noch in diesem Jahr werden die ersten Betriebe die Höchstzeit von 24 Monaten erreichen.

❖ UNWORT 2009

Betriebsratsverseucht

Das Unwort des vergangenen Jahres heißt »betriebsratsverseucht«. So nannten Abteilungsleiter einer Baumarktkette Beschäftigte, die von einer Filiale mit Betriebsrat in eine ohne wechseln wollten. In ihrer Begründung schrieb die Jury: »Die Wahrnehmung von Arbeitnehmerinteressen als ›Seuche‹ zu bezeichnen, ist ein sprachlicher Tiefpunkt im Umgang mit Lohnabhängigen.« ■

Alle Unwörter seit 1991:

► www.unwortdesjahres.org
→ Unwörter des Jahres seit 1991

❖ HANDWERK

Arbeit ausweiten

Zunehmende Konzentration, besonders im Kfz-Handwerk, verändert die Arbeit der Gewerkschaft. Deshalb startete die IG Metall vor drei Jahren das Projekt Handwerkskonzerne.

Auf einer Tagung am 16. März will sie nun eine vorläufige Bilanz ziehen. Die IG Metall will mit dem Projekt Handwerkskonzerne ihre Arbeit in den Unternehmen verbessern und auf montierende Gewerke sowie Konzerne des Gebäudemanagements ausweiten. ■

❖ AUTOMOBILINDUSTRIE

Erholung 2012

Im Jahr 2012 soll das Produktionsvolumen der deutschen Autohersteller wieder das Niveau von vor der Krise erreichen. Das ist die Einschätzung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers. Etwa fünf Millionen Pkw sollen dann wieder in den Handel kommen. In diesem Jahr schätzt man die Fertigungszahl auf 4,8 Millionen. ■

RESSOURCENEFFIZIENZ

Anders sparen

Wenn Arbeitgeber sparen wollen, fangen sie meist bei den Personalkosten an. Dabei kann ein vernünftiger Umgang mit Rohstoffen und Energie durchaus eine Alternative sein. Wie das funktioniert, hat die IG Metall für Betriebsräte in einem Leitfaden zusammengefasst. ■

Den Leitfaden »Ressourceneffizienz erhöhen und Arbeitsplätze sichern« gibt es unter:

► www.extranet.igmetall.de

→ Praxis

→ Rat und Tat

WETTBEWERB

Aktiv gegen Rechts

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an« macht sich stark gegen Rechtsextremismus und Rassismus in der Arbeitswelt. Jedes Jahr können Auszubildende und Berufsschüler entsprechende Projekte für den Wettbewerb »Die gelbe Hand« einreichen. Gesucht werden Beiträge, die andere motivieren, selbst gegen Diskriminierung aktiv zu werden. Der Einsendeschluss ist dieses Jahr der 31. März. ■

Alles über den Wettbewerb:

► www.gelbehand.de

→ Wettbewerbsflyer

GESUNDHEIT

Wenn der Druck steigt

Was tun, wenn die Psyche schlapp macht? Ständiger Leistungsdruck kann krank machen (siehe auch Seite 5). Betriebsräte sollten auf psychische Belastungen achten und Abhilfe schaffen. Was sie tun können, ist Thema des Workshops »Psychische Gesundheit im Betrieb« am 23. Februar beim IG Metall-Vorstand in Frankfurt. ■

Interessierte wenden sich an:

► [Maria.Wiggen](mailto:Maria.Wiggen@igmetall.de)

→ [igmetall.de](mailto:Maria.Wiggen@igmetall.de)

WAS IST EIGENTLICH ...

Hartz IV?

Am 1. Januar 2005 trat »Hartz IV« in Kraft. Der offizielle Name »Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« verschleiert allerdings, um was es dabei geht: Neben Änderungen am Arbeitslosengeld (I) wurde die Arbeitslosenhilfe mit der niedrigeren Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II (ALG II) verschmolzen – auf einem Niveau unter der damaligen Sozialhilfe.

Der Regelsatz bei ALG II für alleinstehende Erwachsene beträgt zurzeit 359 Euro. Kinder zwischen 7 und 13 Jahren bekommen nur 60 Prozent davon (vorher 65), bis 17-Jährige 80 Prozent (vorher 90). Ehepartnern stehen jeweils 90 Prozent zu: 323 Euro.

Wer von »Hartz IV« redet, meint meist »ALG II«. Nach fünf Jahren Erfahrungen mit Hartz IV halten alle Parteien Reformen für erforderlich. Zwei Punkte stellt die Regierung auf den Prüfstand:

■ **Zuverdienstgrenzen:** Sie sollen erhöht werden – als »Anreiz« für Arbeitslose, Jobs anzunehmen.

■ **Schonvermögen:** Anpassbares Vermögen für Altersvorsorge soll bis 750 Euro pro Lebensjahr nicht mehr auf ALG II angerechnet werden.

Voraussichtlich im Februar entscheidet das Bundesverfassungsgericht über einen anderen Punkt:

■ Die Höhe der Regelsätze: Hintergrund sind Klagen vor den Sozialgerichten. Einige davon hat die IG Metall für Mitglieder geführt. Sie hält die Regelsätze für zu niedrig, weil sie das Existenzminimum nicht absichern, und fordert mindestens 440 Euro. Die IG Metall hält es außerdem für verfassungswidrig, die Höhe pauschal nach statistischen Bedarfsberechnungen festzulegen, ohne Rücksicht darauf, was die Menschen tatsächlich brauchen. Mit beiden Punkten werden sich die Verfassungsrichter jetzt befassen.

■ **Zumutbare Arbeit.** Auch die Kriterien für »zumutbare« Arbeit müssen geändert werden, fordert IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban. Sie haben Lohndumping und menschenunwürdige Armutslöhne gefördert. ■

Tipps

Überprüfen

Das Bundesverfassungsgericht wird die Regelsätze bei Hartz IV vermutlich beanstanden. Es ist zwar nicht sehr wahrscheinlich, dass sie rückwirkend nachgebessert werden. Trotzdem sollten bisherige Hart-IV-Empfänger vorsorglich bei ihren Leistungsträgern (Arbeitsagentur oder Kommune) Überprüfungsanträge stellen. Und zwar schnell – bevor das Bundesverfassungsgericht entscheidet.

» | direkt 1 | 2010

TAYLORISMUS

Wieder mehr Monotonie am Arbeitsplatz

Nach Frederick Taylor ist das Arbeitsprinzip benannt, welches die Arbeit in möglichst viele Einzelschritte aufteilt und standardisiert. Das führt zu Monotonie am Arbeitsplatz. Betriebsräte, die dagegen ankämpfen, haben es immer schwerer: Der Renditedruck ist

Zum Weiterlesen

Mehr zu diesem Thema und andere Trends in der Arbeitsgestaltung:

► www.boecklerimpuls.de

→ Archiv

→ Ausgabe 20/2009

direkt an den Produktionsbändern angekommen und ganzheitliche Konzepte lassen sich so schlechter durchsetzen. Das ist zwar nichts Neues, der Industriesoziologe Martin Kuhlmann hat die Situation in der Automobilbranche jedoch systematisch analysiert. ■

Wenn Aufgaben und Termine über den Kopf wachsen

Wer ständig unter Druck steht und am Arbeitsplatz Vollgas fährt, wird krank. Statistiken sprechen seit Jahren eine eindeutige Sprache: bei vielen Beschäftigten macht die Psyche schlapp. Und mit der Krise steigt der Druck.

Die Wissenschaft weiß es schon lange: Zu viel Stress am Arbeitsplatz macht krank. Wenn Termine, Verantwortung und Aufgaben den Beschäftigten über den Kopf wachsen, sie aber keine Möglichkeit haben, ihre Arbeit selbst zu steuern, kann der Druck auf die Gesundheit schlagen. Und in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt ein weiterer Stressfaktor hinzu: die Angst um den Arbeitsplatz.

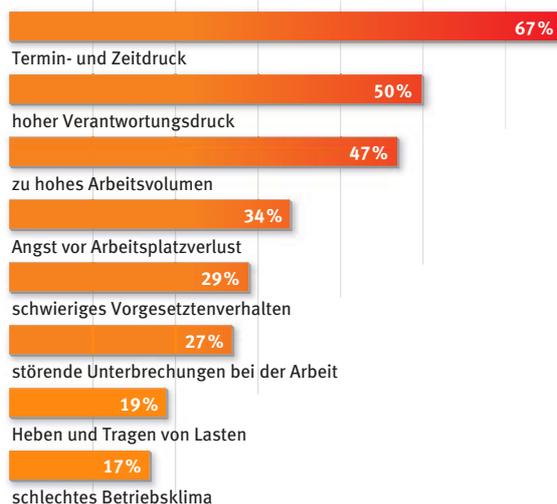
Nicht angekommen. Die Zahl der Krankentage aufgrund von Depressionen oder Angststörungen steigt seit Jahren. Spielen diese Erkrankungen vor 30 Jahren so gut wie keine Rolle in der Statistik, liegt ihr Anteil inzwischen bei zehn Prozent der Krankentage. Dennoch beobachten Wissenschaftler wie Wolfgang Menz, dass diese Botschaft in vielen Betrieben noch nicht angekommen ist.

»Gesundheitsfragen sind zwar wichtig, aber da geht es um Ergonomie am Arbeitsplatz oder um Ratschläge wie täglich frisches Obst essen«, sagt Menz, der am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung in München arbeitet.

Doch zur gesunden Arbeit gehört mehr. Oft hilft es, wenn über psychische Belastungen am Arbeitsplatz gesprochen wird. Menz hält es deshalb für wichtig, dass Betriebsräte es überhaupt zum Thema machen. Sie können den Austausch zwischen den Beschäftigten organisieren. Auch ein Selbstcheck kann Betroffenen und Verantwortlichen im Betrieb schnell die Augen öffnen. Wo der Schuh drückt, zeigt eine Gefährdungsbeurteilung. Doch nur wenige Betriebe nutzen sie. Und nach psychischen Belastungen fragen nur die wenigsten Unternehmen ihre Beschäftigten. ■

Der Druck auf Mitarbeiter steigt

Als Belastung im Betrieb wird wahrgenommen...



Quelle: WSI-PARGEMA-Betriebsrätebefragung 2008/09 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

direkt
1 | 2010

5



Foto: Jens Braune del Angel

Hans-Jürgen Urban, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zum Elena-Verfahren und warum das Gesetz nachgebessert werden muss.

»Ich halte Elena verfassungsrechtlich und politisch für höchst bedenklich.«

Eine unverhältnismäßige Vorratsdatenspeicherung

? direkt: Am 1. Januar fiel der Startschuss für Elena. Hinter dem Kürzel verbirgt sich der Elektronische Entgeltnachweis. Was ist Deine Kritik an Elena?

Hans-Jürgen Urban: »Elena führt zu einer unverhältnismäßigen und unzulässigen Vorratsdatenspeicherung. Es werden monatlich Daten von rund 40 Millionen Beschäftigten erhoben. Sie dienen der Gewährung von Sozialleistungen. Aber die meisten Daten werden gar nicht benötigt, weil die Betroffenen keine entsprechenden Leistungen in Anspruch nehmen. Es werden also millionenfach Daten gespeichert, für die es keinen legalen Verwendungszweck gibt. Ein eklatantes Missverhältnis zwischen umfassender Speicherung und punktueller Nutzung. Ich halte das verfassungsrechtlich und politisch für höchst bedenklich.«

? direkt: Sind auch sensible Daten dabei?

Urban: »Sicherlich. Die bisherige Datenliste hat etwa 60 Seiten. Sie umfasst auch Daten zu Abmahnungen oder Streikteilnahmen. Das akzeptieren wir nicht. Diese Sammelwut ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in die – wie Juristen sagen – informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen. Die Verarbeitung ist laut europäischer Datenschutzrichtlinie untersagt. Das muss eingehalten werden. Aber auch Daten etwa zu Kündigungsgründen, Fehlzeiten oder Abmahnungen müssen aus der Liste gestrichen werden.«

? direkt: Datenschützer sehen die Gefahr des Missbrauchs.

Urban: »Zu Recht. Zentral gespeicherte Daten laden zum Missbrauch geradezu ein. Zudem wecken die riesigen Daten Begehrlichkeiten, den gesetzlichen Nutzungsrahmen und die Nutzungsmöglichkeiten zu erweitern. Die Bundesregierung betont zwar die Datensicherheit. Aber wir sagen: Die vielen Skandale der Vergangenheit zeigen: Nur Daten, die nicht erhoben werden, sind wirklich sicher.«

? direkt: Wie geht es weiter?

Urban: »Bisher ist lediglich das Gesetz in Kraft. Die Verordnung über die zu erhebenden Daten muss noch beschlossen werden. Ursula von der Leyen hat als zuständige Ministerin angekündigt, die vorgesehene Datenliste zu überarbeiten. In diesen Prozess werden wir uns aktiv einmischen müssen. Und das werden wir auch tun.«

DEBATTE

Kapitalismus in der Krise

Wie geht es weiter nach der Finanzkrise? Und warum müssen die Beschäftigten die Zeche zahlen? Über diese und andere Fragen diskutierten die Teilnehmer des Seminars »Kapitalismus in der Krise!« in Sprockhövel. Dabei ging es um betriebliche und gesamtgesellschaftliche Alternativen für die Umverteilung. ■

ZUSAMMENARBEIT

Wiener Memorandum

Seit zehn Jahren arbeiten die Metallgewerkschaften in Tschechien, der Slowakei, Slowenien, Ungarn, Österreich und die IG Metall in Bayern zusammen. Damals unterzeichneten sie das Wiener Memorandum. Das Ziel: In der Tarifpolitik kooperieren sowie Lohndumping und Standortkonkurrenz verhindern. EMB-Präsident Peter Scherrer bezeichnete die Gruppe als besonders erfolgreiches Beispiel für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. ■

Die Broschüre zum Bestellen:

- bezirk-bayern@igmetall.de
- Memorandum-Broschüre

Bildungsprogramm 2010 mit aktuellen Schwerpunkten

Das IG Metall-Bildungsprogramm für 2010 bietet viel Neues: zahlreiche Seminare zur Bewältigung der Krise, spezielle Seminare für Ingenieure und Techniker, für Betriebsratsvorsitzende und für neugewählte Betriebsräte – und vieles mehr.

Das zentrale IG Metall-Bildungsprogramm 2010 bringt viel Neues. Erstmals sind darin alle bundesweiten Seminare der Bildungsstätten und der Kritischen Akademie enthalten.

Zur Betriebsratswahl 2010 steht die Ausbildungsreihe »BR kompakt« im Zentrum, die in sieben Modulen Grundlagen für die Betriebsratsarbeit vermittelt und auf dem neu überarbeiteten regionalen Einführungsseminar aufbaut. Einen aktuellen Schwerpunkt bilden Seminare zur Krisenbewältigung: Wirtschaftsanalyse, Beschäftigungssicherung durch Kurzarbeit und Qualifizierung. Daneben gibt es aktuelle Seminare zu Arbeitsgestaltung und Era.

Neue Zielgruppen. Neu im zentralen Programm sind Seminare für aktive Ingenieure und

technische Experten, etwa zu Innovation, Arbeitsgestaltung und Produktionssystemen. Neu ist auch eine spezielle Reihe für Betriebsratsvorsitzende: Verhandlungsführung, die Führung von Gremien, Rhetorik, langfristige Strategien und mehr.

Mehr Aktive gewinnen. Die IG Metall will mehr Aktive für ihre Seminare gewinnen. Derzeit erreichen die IG Metall-Bildungsangebote nur ein Drittel der Betriebsräte. Deshalb hat der Bereich Gewerkschaftliche Bildung für 2010 eine Betriebsrats-Initiative gestartet, erklärt Bereichsleiterin Ulrike Obermayr. »Unser Anspruch ist, dass jedes IG Metall-Betriebsratsmitglied mit der Teilnahme an der Ausbildungsreihe »BR kompakt« eine fundierte Grundlagenausbildung erhält.« ■

Material

Infos, Anmeldung

Das zentrale Bildungsprogramm 2010 und eine Übersicht mit Anmeldung im Extranet:

- www.extranet.igmetall.de
- Praxis
- Seminare

Spezielle Jugendseminare für 2010 findet Ihr im Jugend-Aktivenportal des Extranets:

- www.apo.igmetall.de
- Bildung
- Gewerkschaftliche Bildung

Gut gemacht!

Landwirtschaftliche Abfälle ab in den Hochofen

Betriebsrat bringt Wissenschaftler zusammen, um neue Geschäftsfelder zu erschließen und so Arbeitsplätze zu sichern.

Der Betriebsrat der Salzgitter Service und Technik GmbH (SZST) forciert den Bau einer Anlage, mit der Biokohle hergestellt werden soll. Er und die IG Metall brachten Wissenschaftler von fünf niedersächsischen Hochschulen und betriebsinterne Fachleute zusammen, um die Chancen dafür auszuloten. Die SZST-Geschäftsleitung steht

dem Projekt bisher skeptisch gegenüber, aber die Forschungsarbeit kommt in Bewegung: Ein Team beginnt, eine Pilotanlage zu entwickeln.

Betriebsrat Reinhard Voges hofft, dass später der Salzgitter-Konzern oder mehrere Betriebe der Region Südostniedersachsen die Anlage bauen, betreiben und dann auch serienmäßig

herstellen und vermarkten. Voges' Wunschtraum wäre, dass auch das Stahlwerk Salzgitter die CO₂-arme Biokohle im Hochofen einsetzt.

Unter den SZST-Beschäftigten besteht großes Interesse an einer Kooperation mit den Wissenschaftlern. Ingenieure und andere Facharbeiter wollen bei dem Projekt mitarbeiten. ■

Umwelttechnik

Positionen und Informationen der IG Metall zu ökologischer Wirtschaft finden sich unter:

- www.extranet.igmetall.de
- Themen
- Umwelt

BERUFSEKRANKUNGEN

Nicht immer gleich den Beruf aufgeben

Bevor ein Arbeitnehmer wegen einer Berufserkrankung seine Arbeit aufgibt, muss er alles versuchen, eine weitere Verschlimmerung seiner Erkrankung mit anderen Mitteln zu verhindern. Die Berufsgenossenschaft muss nur dann Übergangsleistungen zahlen, wenn sich die Beschwerden anders nicht verhindern lassen. Dies entschied das Hessische Landessozialgericht im Fall eines Elektromonteurs, der unter Lärmschwerhörigkeit litt. In diesem Fall sah das Gericht keinen Grund für den Mann, seinen Beruf aufzugeben. Zwar war er bei seiner Arbeit Lärm ausgesetzt. Allerdings hätte ein geeigneter Gehörschutz eine weitere Verschlimmerung seiner Erkrankung verhindern können. ■

LSG Hessen vom 6. Oktober 2009 – L 3 U 103/07

BETRIEBSRENTEN

Keine Null-Runden bei Problemen des Konzerns

Ob ein Arbeitgeber eine Betriebsrente erhöhen muss, hängt zunächst allein von seiner eigenen wirtschaftlichen Lage ab. Daran ändert sich auch dann nichts, wenn das Unternehmen einem Konzern angehört, welcher sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Die Lage des Gesamtkonzerns spielt nur eine Rolle, wenn es genug Anhaltspunkte gibt, dass die Probleme in den nächsten drei Jahren sehr wahrscheinlich auf das Tochterunternehmen durchschlagen werden. Sie müssen sich außerdem so stark auswirken, dass sie für die Anpassung der Betriebsrenten eine Rolle spielen. ■

BAG vom 10. Februar 2009 – 3 AZR 727/07

Mehr Wissen

Was Unrecht ist

Die Skandale häuften sich. In einigen Großunternehmen bespitzelten Arbeitgeber ihre Beschäftigten. Nur ein Beispiel, wie Menschen an ihrem Arbeitsplatz Unrecht geschieht. Eine ganze Reihe von Beispielen haben die Autoren des Buches »ArbeitsUnrecht« zusammengetragen. Darin geht es unter anderem um heimliche Überwachung am Arbeitsplatz, die Verhinderung von Betriebsratswahlen, Verdachtskündigungen und unbezahlte Praktika. Das Buch will laut Untertitel »Anklage und Alternative« sein.

► Werner Rügemer (Hrsg.): »ArbeitsUnrecht. Anklagen und Alternativen.« Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster, 2009

WEISUNGSRECHT

Arbeitgeber bestimmt Ort, Zeit und Inhalt

Arbeitgeber können Beschäftigte nicht einseitig zu einem Gespräch über eine Vertragsänderung verpflichten, wenn der Arbeitnehmer diese im Vorfeld bereits abgelehnt hatte. Das Weisungsrecht des Arbeitgebers gilt in diesem Fall nicht. Nach § 106 Gewerbeordnung beschränkt es sich darauf, Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung festzulegen. Außerdem kann der Arbeitgeber eine bestimmte Ordnung und ein bestimmtes Verhalten verlangen. Zu einem Gespräch, bei denen er Weisungen mitteilen oder Verstöße beanstanden will, kann er die Beschäftigten auch verpflichten. ■

BAG vom 23. Juni 2009 – 2 AZR 606/08

ENTSCHÄDIGUNG

Geld gibt's auch bei immateriellen Schäden

Arbeitnehmer haben einen Anspruch auf finanzielle Entschädigung, wenn der Arbeitgeber sie etwa aufgrund ihres Alters diskriminiert. Das gilt auch, wenn der Schaden lediglich immaterieller Art ist und der Arbeitgeber sich nicht schuldhaft verhalten hat. ■

BAG vom 22. Januar 2009 – 8 AZR 906/07

ÄNDERUNGSKÜNDIGUNG

Nicht immer unverändert weiterbeschäftigt

Nimmt ein Arbeitnehmer eine Änderungskündigung unter Vorbehalt an, ist der Arbeitgeber nach allgemeinem Weiterbeschäftigungsanspruch nicht verpflichtet, ihn zu den bisherigen Bedingungen weiterzubeschäftigen. ■

BAG vom 28. Mai 2009 – 2 AZR 844/07

BETRIEBSÜBERGANG

Sachlicher Grund nicht erforderlich

Arbeitnehmer brauchen nach § 613a Abs. 6 BGB keinen sachlichen Grund, um dem Übergang ihrer Arbeitsverhältnisse auf einen Betriebserberwerber zu widersprechen. Widersprüche sind nur in Ausnahmefällen rechtsmissbräuchlich. Etwa dann, wenn sie nur dazu dienen, die andere Seite zu schädigen. Wer einmal widersprochen hat, kann dies nicht einseitig zurücknehmen. Auch wer dem Übergang widerspricht und anschließend die Arbeit beim Betriebserwerber aufnimmt, zeigt damit nicht, dass er sich mit dem Arbeitgeber über die Rücknahme seines Widerspruchs geeinigt hat. ■

BAG vom 9. Februar 2009 – 9 AZR 176/08

TEILZEIT

Vereinbarung kann Anspruch nichtig machen

Nicht immer können Beschäftigte ihren Anspruch auf Teilzeitarbeit nach § 8 Abs. 4 Satz 1 TzBfG geltend machen. Hat der Wunsch des Einzelnen Auswirkungen auf die im Betrieb üblichen Arbeitszeiten, kann ihm eine Betriebsvereinbarung entgegenstehen. ■

BAG vom 18. August 2009 – 9 AZR 517/08

FORTBILDUNG

Strafvorschriften zählen zum Grundlagenwissen

Betriebsräte müssen auch die Strafvorschriften der Betriebsverfassung kennen. Es gehört zu ihrem Grundlagenwissen. Daher müssen Arbeitgeber die Kosten für entsprechende Fortbildungen übernehmen. ■

LAG Köln vom 21. Januar 2008 – 14 TaBV 44/07

... Seminar

■ Liquiditätsprobleme, Zahlungsunfähigkeit oder sogar Insolvenz – das sind die Konsequenzen aus der Krise, mit denen Unternehmen zurzeit zu kämpfen haben. Auch Betriebsräte müssen sich mit diesen Problemen auseinandersetzen. Darum bieten die IG Metall-Bildungsstätten in diesem Jahr verschiedene Seminare für Betriebsräte an. Gleiches gilt für die Kritische Akademie Inzell. Der nächste Termin ist in Sprockhövel am 14. März. ■

► www.igmetall.sprockhoevel.de

... Material

■ Einstiegsgehälter

Wieviel kann ich als Berufsanfänger verdienen? Was muss ich beim Abschluss eines Arbeitsvertrags beachten? Der IG Metall-Flyer »Einstiegsgehälter für Absolventen 2010« liefert wertvolle Tipps und Infos für den Berufseinstieg von Akademikern und eignet sich zur Mitgliederwerbung für Studenten im Betrieb. Den Flyer gibt es im Extranet zum Herunterladen. ■

► www.extranet.igmetall.de

... In eigener Sache

■ 1. September, Antikriegstag

Es ist passiert. In unserer letzten direkt hat der Fehlerteufel beim Antikriegstag zugeschlagen. Im Kalender unserer direkt-Spezial »Wichtige Termine 2010 auf einen Blick« auf der Rückseite der Ausgabe steht der Antikriegstag zwar im richtigen Monat, jedoch mit einem falschen Datum davor. Natürlich ist der Antikriegstag am 1. September. Wir entschuldigen uns bei unseren Leserinnen und Lesern für das Missgeschick. ■

Was die Welt bewegt

Ehrlich bestechend. Nur weil die FDP von einem Edel-Hotel-Fritzen ein läppisches Millionchen gespendet bekam, schreien alle: »Käuflich.« So ein Quatsch! Versuchen Sie's doch mal. Wetten, dass die FDP dem Mindestlohn auch dann nicht zustimmt, wenn Millionen Billiglöhner ihr jeweils einen Euro spenden. Von wegen käuflich. ■

Bestechend ehrlich. Neulich beim Lohnsteuerhilfeverein: Treffen sich zwei Hotel-Besitzer. Sagt der eine zum anderen: »Lassen Sie sich auch ausrechnen, wieviel Sie mit der neuen Mehrwertsteuer sparen?« Sagt der andere: »Nee, weiß ich schon längst. Jetzt lass' ich mir ausrechnen, wie viele Steuern

ich mit einer Spende an die FDP spare.« ■

Bestechender Ruf. Liebe Lobbyisten, Sie fürchten um Ihren guten Ruf und wollen nicht mit Karl-Heinz Schreiber – auch bekannt als Waffenlobbyist – in einen Topf geworfen werden? Aber, aber, wer wird denn da gleich in die Luft gehen? ■

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

Bestechend logisch. Die gute Nachricht: Die Statistik der Deutschen Bahn funktioniert. Dank interner Datenerhebung weiß sie jetzt, dass die Verspätungen in diesem Winter zugenommen haben. Die schlechte: Das Wissen nützt nichts. Vielleicht sollte die Bahn umsateln. Statistik statt Logistik. ■

